

## BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

## Tief in NS-Verbrechen verstrickt

Im F.A.Z.-Interview vom 16. November „Benko hat mich um den Finger gewickelt“ argumentierte Klaus-Michael Kühne über seine Familie und das Familienunternehmen zur Zeit des Nationalsozialismus, dass sein Vater und dessen Bruder 1933 noch nicht wissen konnten „was Hitler für ein schlimmer Mensch war“. Weiter führte der 1937 geborene Unternehmer aus, dass er bis 2015 nichts davon gewusst habe, dass Kühne + Nagel 1942 bis 1944 im großen Stil Möbel deportierter Juden aus Westeuropa nach Deutschland transportierte, dass Adolf Maass – ein in Auschwitz ermordeter jüdischer Mitgesellschafter der Firma – nach 1933 seines Wissens nach „in freundschaftlichem Einvernehmen“ aus dem Betrieb ausgeschieden sei und dass sein Vater seine Familie „klug und umsichtig durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit“ gebracht habe. Kein Bekenntnis zu seiner historischen Verantwortung als deutscher Unternehmer, die doch durch die familiäre Kontinuität aus Geld und Stellung in einem solchen Ausmaß offensichtlich sein sollte. Aussagen wie diese sind politisch höchst gefährlich. Sie sind ein Nährboden für eine Instrumentalisierung von Geschichte und Schuldumkehr. Letzteres bleibt in Deutschland gerade im eigenen Umfeld auch fast acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weit verbreitet.

Insbesondere die systematische Plünderung und Enteignung der jüdischen Verfolgten wird oft verdrängt – auch und gerade deshalb, weil sich Geldwerte und Wertgegenstände in vielen deutschen (Familien-)Unternehmen und Privathaushalten finden. Daran, dass Kühne + Nagel tief in NS-Verbrechen verstrickt war, gibt es trotz der Weigerung des Logistikunternehmens, sein Firmenarchiv öffentlich zugänglich zu machen, überhaupt keine Zweifel. Für den Historiker Frank Bajohr gehört es „in eine Kategorie wie die Firmen, die Zyklon B für den Einsatz in den Gaskammern verkauft oder Krematorien in den Vernichtungslagern gebaut haben“. Herr Kühne möchte von Fakten jedoch nichts wissen. Er hatte bereits zuvor argumentiert, man hätte ja kurz nach dem Krieg etwas aufarbeiten können, doch nun sei es dafür viel zu spät.

Diese Bemerkung ist gelinde gesagt ein Tritt vors Schienbein aller noch lebenden Opfer der NS-Verbrechen und ihrer Nachfahren. Seit Kriegsende gab

es Versuche, NS-Unrecht aufzuarbeiten. Zu Beginn waren es vor allen Dingen die Überlebenden selbst, die sich für Täter-Verfolgung, Restitution sowie finanzielle und juristische Kompensation einsetzten. Nur wollte sich schon damals fast niemand aus der deutschen Wirtschaft, Justiz und Politik mit diesen Fragen beschäftigen.

Bewusst oder unbewusst negiert Herr Kühne mit seinen Aussagen Biographien wie die des Historikers Joseph Wulf oder des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer. Dass er deren jüdische Lebenswege und Kämpfe in der (west-)deutschen Nachkriegsgesellschaft nicht einmal in Erwägung zu ziehen scheint, verdeutlicht seine ganze Ignoranz und Empathielosigkeit. Ein anderes Beispiel hierfür ist das von ihm als „klug und umsichtig“ bezeichnete Verhalten seines Vaters während der NS-Zeit. Dies bestand vor allem darin, Besitz von verfolgten Zivilisten zu rauben. Das Logistikunternehmen von Alfred und Werner Kühne half damit dabei, die Kriegsmaschinerie weiter am Laufen zu halten. Es war mitverantwortlich dafür, dass die deutsche Gesellschaft den Krieg so lange durchhalten und Millionen Menschen bis 1945 vergast und erschossen werden konnten.

Das Interview zeigt beispielhaft, dass es in Deutschland im familiären Kontext auch heute beim Umgang mit der NS-Geschichte viel zu selten um Fakten geht. Um der Wahrheit über die eigenen Eltern, Großeltern und Urgroßeltern nicht ins Auge blicken zu müssen, wird weggeschaut, verdrängt und gelogen. Eine deutsche Gesellschaft, die es ernst meint mit der Aufarbeitung von NS-Unrecht, sollte solche Aussagen von einer Person des öffentlichen Lebens nicht akzeptieren und hierauf ganz praktisch reagieren: Weder die öffentliche Hand, Parteien, Fußballvereine oder irgendwelche anderen Institutionen sollten unter diesen Umständen weitere Stiftungsgelder oder private Spenden von Herrn Kühne annehmen.

**DR. JAKOB STÜRMANN IST STELLVERTRETER VORSITZENDER DER AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE UND HISTORIKER AM LEIBNIZ-INSTITUT FÜR JÜDISCHE GESCHICHTE UND KULTUR – SIMON DUBNOW IN LEIPZIG**

## Bischofswahlen im Schwabenlände

Wenn Daniel Deckers anlässlich der Bischofsweihe des gebürtigen Stuttgarter Klaus Krämer in Rottenburg anmerkt, es „wäre... vielleicht an der Zeit gewesen, jemanden zum Bischof zu wählen, der nicht dem eigenen Klerus entstammt“ („Zurück in die alte Heimat“, F.A.Z. vom 30. November), spielt er damit auf die Tatsache an, dass alle zwölf Bischöfe, den ersten verständlicherweise ausgenommen, von Rottenburg(-Stuttgart) dortige Diözesanpriester waren, was in Zeiten der Globalisierung provinzial anmuten mag. Aus historischer Sicht ist aber zu ergänzen, dass gemäß der päpstlichen Bulle „Ad dominici gregis custodiam“ von 1827 in Rottenburg nur „Inländer“ vom Domkapitel zu Bischöfen gewählt werden durften.

Auch nach dem Ende des Staatskirchenregiments 1918 bestimmte dieser Grundsatz die Grundlinien staatlicher Kirchenpolitik und kirchlicher Praxis in Württemberg. Dies ist ein Ausweis für lange zeitliche Kontinuitäten weit über die Mindestbeschränkung auf einen einzigen Diözesanpriester, der gemäß dem Badischen Konkordat von 1932 (laut Ar-

tikel 14 des Reichskonkordats von 1933 auch auf das Bistum Rottenburg ausgedehnt), auf der vom Heiligen Stuhl dem Domkapitel vorzulegenden Terna (Dreierliste) stehen muss.

Offensichtlich gilt es für Bischofswahlen im Schwabenlände den Beweis der Weltläufigkeit anders zu erbringen: Während es bei Walter Kasper die Jahre als Dogmatiker an der Universität Münster waren, erwarb sich Klaus Krämer seine außerschwäbischen Meriten als Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerkes Missio in Aachen. Und als 1898 der an der Universität Freiburg/Breisgau lehrende Moraltheologe Paul Wilhelm Keppler, als er selbstverständlich ein württembergisches „Landeskind“, vom Rottenburger Domkapitel zum Bischof gewählt worden war, hatte sein Kollege, der Pastoraltheologe Cornelius Krieg, dies bezeichnenderweise so kommentiert: „Das eine muss man den Schwaben lassen: sie wählen studierte Leute und fahren gut dabei.“

**PROFESSOR DR. MICHAEL HIRSCHFELD, UNIVERSITÄT VECHTA, VECHTA**

## Lukaschenkos Ideologie

Der Leserbrief („Der Opportunist Lukaschenko“, F.A.Z. vom 27. November) Johannes Regenbrechts zu der Rezension meines Buches ist eindrucksvoll konzise und erfahrungsgestützt. Ich bezweifle aber, dass diese Erfahrungen seine These vollends untermauern.

Die persönlichen Erinnerungen von Regenbrecht, welche die Grundlage für seine Kritik bilden, zeichnen Lukaschenko als skrupellosen Machtpolitiker, der sich durch Frechheit und KGB-Dossiers an die Staatsspitze gekämpft habe. Damit ist aber nur eine Facette Lukaschenkos und, viel wichtiger, der weißrussischen politischen Landschaft erfasst. Regenbrecht selber geht auf einige Aspekte der weißrussischen Transformationsgeschichte ein, welche diese als komplex und multidimensional erscheinen lassen. Die Präsidentschaftswahlen von 1994 würdigt Regenbrecht zu Recht als demokratisch. Lukaschenko konnte sich im Wahlkampf gerade dadurch auszeichnen, dass er nicht als Teil der sowjetischen Nomenklatura wahrgenommen wurde. Auch Lukaschenkos Ablehnung von Nationalismus wird erwähnt – ein wichtiger Grund für seine enorme Popularität. Bereits diese Beispiele sprechen gegen die Deutung von Lukaschenko als „Parvenu und Populist“.

Meine Studie belegt aber nicht nur Lukaschenkos ausgeprägte Ideologie. Es ging auch darum, die demokratischen Erfahrungen eines osteuropäischen Landes aufzuarbeiten. Diese Erfahrungen werden oft durch die wertenden – letztlich orientalistischen – Begriffe wie „KGB“, „Kompromat“, „Unrechtsstaat“, „Achse der Autokraten“ unsichtbar gemacht. Mein Buch bietet diesem verengten Blick auf die Geschichte und Kultur Weißrusslands eine Alternative an. Ich zeige, dass die „weit verbreitete Sowjetnostalgie“ im weißrussischen öffentlichen Leben mitnichten vorherrschte. Die Gesellschaft war damals durchaus an demokratischen, liberalen Ideen interessiert. Durch die Aufhebung der vereinfachten Gegenüberstellung eines ruchlosen Machtpolitikers Lukaschenko und einer nobel-liberalen Zivilgesellschaft trägt meine Studie auch zum nuancierten Verständnis der Protestbewegung von 2020 bei. Nicht nur stützte sich diese Bewegung auf das demokratische Erbe der 1990er-Jahre. Sie baute auf den Erfahrungen der Sowjetzeit und auch nicht zuletzt auf den populistischen Antikorruptionsparolen auf, mit denen Lukaschenko 1994 die Präsidentschaft gewann.

**DR. ANTON LIAVITSKI, ST. GALLEN, SCHWEIZ**

## Tango, Benko und der Boss-Chef

Mithilfe des gefallenen Immobilienmoguls wollte Daniel Grieder das Modeunternehmen unter eigene Kontrolle bringen. Der Aufsichtsrat lässt das nun juristisch prüfen.

Von Benjamin Wagener, Ravensburg, und Michaela Seiser, Wien

Die Idee des Hugo-Boss-Chefs ist im Kern sehr einfach: Über eine von ihm kontrollierte Gesellschaft wollte sich Daniel Grieder an dem vom ihm geführten MDax-Konzern beteiligen. Umgesetzt werden sollte Projekt „Tango“ mithilfe des umstrittenen österreichischen Unternehmers René Benko. Der ungewöhnliche Plan wirft Fragen auf: Hatte Grieder bei der Ausarbeitung des Konzepts das Wohl der Hugo Boss AG im Blick, und hat der Schweizer Manager die maßgeblichen Gremien des Modeherstellers über die Schritte informiert?

Es sind genau die Fragen, mit denen sich der Aufsichtsrat des baden-württembergischen Unternehmens bei seiner regulären Sitzung am Mittwoch beschäftigt. Es ist schon das zweite Treffen der Kontrollreue innerhalb von wenigen Tagen, bereits in den vergangenen Wochen sind die Aufsichtsräte zu einem Krisentreffen zusammengekommen, nachdem die österreichischen Zeitungen „Krone“ und „News“ über die Pläne aus dem Frühsommer 2023 berichtet hatten. Erste Konsequenzen zogen die Aufsichtsräte noch bei ihrer außerordentlichen Sitzung am Donnerstag: Sie gaben eine juristische Bewertung des Vorgangs in Auftrag.

Das Projekt „Tango“ sah vor, dass eine noch zu gründende und von Grieder kontrollierte „Fashion Investment Group“ neuer Anker-Aktionär von Hugo Boss wird, für die Benko im Frühjahr 2023 Aktien des Modeherstellers kaufen sollte. Seinen Ausgang nahm die Zusammenarbeit zwischen Grieder und Benko am 26. März 2023 mit einer E-Mail, die Grieder von einer privaten E-Mail-Adresse an den österreichischen Unternehmer schickte. Darin eine Präsentation mit dem Titel „Fashion Investment Group. Daniel Grieder, Management und MC Investments“, die einen dreistufigen Plan skizziert. Geführt werden sollte die Gesellschaft von zwei Weggefährten Grieders: von Personalvermittler Christoph Zeiss, der Grieder 2021 an Hugo Boss vermittelt hatte, und dem früheren Hugo-Boss-Aufsichtsrat Martin Weckwerth. Zeiss und Weckwerth sind auch die Geschäftsführer der in die Pläne involvierten und in München registrierten Gesellschaft MC Investments.

In einer ersten Phase hätte die „Fashion Investment Group“ über Benko Aktien von Hugo Boss gekauft, danach sollte die Gesellschaft weitere Beteiligungen an Marken wie Adidas oder Bogner erwerben. In Phase drei wollte Grieder nach seinem Abschied bei Hugo Boss die Führung der Gesellschaft übernehmen und sie endgültig etablieren.

Brisant wird der Vorgang auch durch die Präsentation begleitende E-Mail. Zum einen begründet Grieder das Einbeziehen von Zeiss und Weckwerth damit, dass „ich Beschlüsse schneller durchziehen kann“. Zum anderen schließt der Hugo-Boss-Chef mit den Worten: „Wie erwähnt müssen wir schnell umsetzen, da ich am 12. Juni, am Investor Day, die erweiterte Strategie verkünden werde. D.h. statt 4 Mia 5 Mia Umsatz sowie 12% EBIT bis 2025. Dies wird den Aktienkurs extrem hochtreiben, denke ich. Passt dies? Lieber Gruss, Daniel“, wie die „Krone“ aus der E-Mail zitiert. Auf einem



Unter Druck: Hugo-Boss-Chef Daniel Grieder Foto Michael Schulz



Im Visier der Fahnder: René Benko

Foto dpa

Treffen mit Investoren am 15. Juni 2023 hob Grieder die Ziele tatsächlich wie in der Mail an Benko angekündigt an.

Das Unternehmen bestätigt den Vorgang, die Einzelheiten des geplanten Projekts – und auch Grieders Versenden des Konzepts von einer privaten E-Mail-Adresse an Benko, betont aber, dass es sich allenfalls um eine lose Idee, nicht um einen konkreten Plan gehandelt hat. „Es gab weder 2023 noch zu einem anderen Zeitpunkt geheime Pläne seitens Daniel Grieder. Selbstverständlich waren seinerzeit alle relevanten internen Stellen bei Hugo Boss stets über die beschriebenen ersten Überlegungen beziehungsweise Ideen informiert, die im Übrigen nie – weder wie beschrieben noch anders – weiterverfolgt oder auch nur ansatzweise umgesetzt wurden“, sagte eine Sprecherin. Zudem habe das Verhalten Grieders mit Blick auf Verstöße gegen das Verbot von Insidergeschäften oder wegen unrechtmäßiger Offenlegung von Insiderinformationen immer im Einklang mit geltendem Recht gestanden.

Das ist eine Sicht auf das Projekt „Tango“. Christian Strenger, Fachmann für gute Unternehmensführung und Gründungsmitglied der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“, sieht das anders. „Da liegt in jedem Fall ein heftiger Interessenkonflikt vor. Abgesehen von der Ethikfrage ist vorrangig zu prüfen, ob Grieder gegen das Aktienrecht verstoßen hat. Die bekannt gewordene E-Mail an René Benko ist in jedem Fall ein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht des Vorstandes“,

sagt Sprenger der F.A.Z. „Es geht nicht, Dritten vertrauliche und potentiell kurs-treibende Details zu geben, um diese gegebenenfalls zum Erwerb von Aktien zu animieren.“ Zu prüfen sei, ob der Hugo-Boss-Chef im Zuge dieser Mail als Insider Aktienkäufe getätigt hat. „Zudem hätte er den gesamten Plan dem Aufsichtsrat vorstellen müssen. Hätte dieser den Plan gutgeheißen, hätte das Unternehmen eine Ad-hoc-Meldung abgeben müssen“, erklärte Sprenger weiter.

Der Aufsichtsrat von Hugo Boss beurteilt das Vorgehen seines obersten Managers nicht so einhellig wie Strenger. Die F.A.Z. hat mit mehreren Kontrollreuen gesprochen. Ein Teil der Aufsichtsräte hat keine Probleme mit dem Verhalten Grieders, für sie ist das Projekt nur eine Idee, die nie umgesetzt wurde. Andere sehen dagegen viele Fragen ungeklärt – auch nach dem Auftritt Grieders vor dem Aufsichtsrat am vergangenen Donnerstag und seiner Bitte um Entschuldigung. Dieser Teil des Kontrollgremiums zweifelt, ob Grieder wirklich seine gesamte Arbeitskraft zum Wohl des Unternehmens eingesetzt oder doch mit den Plänen zur Gründung der „Fashion Investment Group“ vor allem persönliche Interessen verfolgt hat. Auch mache es einen Unterschied, ob der Aufsichtsrat darüber informiert werde, dass der Vorstandschef einen weiteren Ankerinvestor sucht oder dass der Vorstandschef selbst Ankerinvestor werden will. Neben den Fragen der Integrität geht es den Kontrollreuen um die Frage, ob Grieder sich strafbar gemacht

hat. Man sei verpflichtet, das aus haftungsrechtlichen Gründen zu prüfen.

Die Staatsanwaltschaft Tübingen prüft ebenfalls – sie schaut, ob Tatsachen vorliegen, die einen strafrechtlichen Anfangsverdacht begründen und damit die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens rechtfertigen würden, wie die Behörde auf Anfrage bestätigte. Die Finanzmarktaufsicht Bafin schaut sich nach eigenen Angaben alle Fälle an, die in irgendeiner Form mit Insiderhandel zu tun haben könnten, wie ein Sprecher sagt.

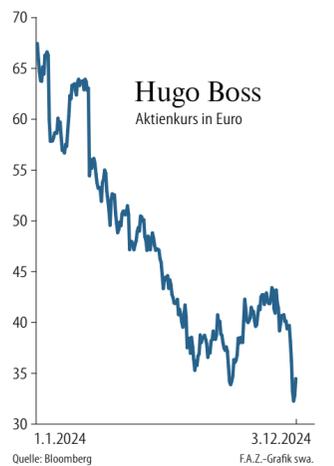
Dass ausgerechnet Benko für den Hugo-Boss-Chef Aktien kaufen und mit in die „Fashion Investment Group“ einsteigen sollte, lag nicht zuletzt auch daran, dass Grieder und der mittlerweile tief gefallene österreichische Unternehmer schon länger enge Bande pflegten. Benko und Grieder haben – wie viele Geschäftspartner des einstigen Immobilien-Wunderkinds – auch privat Zeit gemeinsam verbracht. So war Benko bei Grieders Hochzeit am Gardasee vor zwei Jahren mit von der Partie. Mehrere Dutzend Gäste logierten in der Villa Eden Gardone. Diese Liegenschaft gehört zu einem Signa-Komplex. Auch Exemplare der Signa Times, einer Unternehmensbroschüre, lagen dort aus. Schließlich war Benko immer auf der Suche nach neuen Geldquellen. Private Feiern mit möglichen und tatsächlichen Geldgebern gab es bei Benko häufig. Um Leute einzuladen und zu beeindrucken, hat der Österreicher gern seine Yacht genutzt – oder auch seine Domizile in den Bergen. (Kommentar Seite 22.)

## Haftbefehl gegen René Benko

Um den Finanzjongleur René Benko wird es eng. Nach den Querelen mit Gläubigern hat nun die italienische Justiz den österreichischen Gründer der insolventen Handels- und Immobilienengruppe Signa im Visier. Am Dienstag hat die Staatsanwaltschaft Trient einen Haftbefehl gegen Benko erlassen. Weitere Personen wurden in Italien festgenommen, darunter der Bozener Wirtschaftsberater Heinz Peter Hager und die Bürgermeisterin von Riva del Garda, Cristina Santi. Vorgeworfen werden den Betroffenen unter anderem die Bildung einer kriminellen Vereinigung zulasten des Staates sowie Korruption. Insgesamt wurden am Dienstag

hundert Durchsuchungen bei weiteren Personen durchgeführt, gegen die ermittelt wird. Ziel waren Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in den Provinzen Trient, Bozen, Brescia, Mailand, Pavia, Rom und Verona sowie im Ausland.

Vonseiten Benkos wurde abgeschwächt: „Es wird kein europäischer Haftbefehl gegenüber Herrn Benko vollzogen. Herr Benko wird weiterhin mit allen nationalen wie internationalen Behörden vollumfänglich kooperieren und ist zuversichtlich, dass sich allfällige Vorwürfe ihm gegenüber als inhaltlich unrichtig aufklären lassen“, sagte Benkos Anwalt Norbert Wess. ela.



## Wie die Playstation zu Sonys Goldesel wurde

Eigentlich sollte Sony für Nintendo ein CD-Laufwerk bauen. Heraus kam ein neuer Rivale.

dpa. TOKIO/BERLIN. Große Vorschusslorbeeren hat die erste Sony Playstation zum Start vor 30 Jahren nicht gerade erhalten. Kritiker des japanischen Unterhaltungselektronikunternehmens führten etliche Argumente ins Feld, warum die Spielekonsole im Wettbewerb mit den Quasimonopolisten Sega und Nintendo nicht bestehen könne. Technisch war die erste Sony-Konsole den Geräten der mächtigen Konkurrenten zwar überlegen. Doch bei Nintendo und Sega konnten die Spieler jeweils unter Hunderten von Games wählen, Sony dagegen hatte nur eine gute Hand voll an Titeln im Programm.

Sony fehlte zum Marktstart am 3. Dezember 1994 in Japan außerdem noch eine leistungsstarke Vertriebsbasis. Damals war das Unternehmen vor allem mit Fernsehern und Stereoanlagen in traditionellen Elektronik- und HiFi-Geschäften präsent. Die Erfolgsmodelle der Konkurrenz – vor allem der Gameboy und

das Super Nintendo Entertainment System (SNES) von Nintendo sowie die Mega Drive von Sega – wurden jedoch im Spielwarenhandel verkauft, und dort war Sony bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht vertreten.

Die Tatsache, dass Sony den Marktstart der Playstation 1994 nicht optimal vorbereiten konnte, hat mit der ungewöhnlichen Entstehungsgeschichte zu tun. Als großer Produzent von Unterhaltungselektronik, der vor allem mit Videorekordern und dem Walkman Erfolge feierte, hielt sich die Sony Corporation von Spielkonsolen fern. Erst in den späten 1980er-Jahren vereinbarte Sony ein Joint Venture mit Nintendo, um ein CD-ROM-Laufwerk für deren SNES-Konsole zu entwickeln.

Ein Konflikt um die Softwarelizenzen trübte aber schnell die Zusammenarbeit. 1991 brüskierte Nintendo seinen Partner Sony und tat sich bei dem CD-Laufwerk mit Philips zusammen. Sony ließ

diese Schmach nicht lange unbeantwortet. Konzernchef Norio Ohga ordnete an, das gescheiterte Kooperationsprojekt als eigenständiges System fortzusetzen. Er ließ dabei seinem Mitarbeiter Ken Kutaragi, der zuvor bereits auf eigene Faust eine Konsole entwickelt hatte, freie Hand. Der Sony-Ingenieur wurde somit zum „Vater der Playstation“.

Am 3. Dezember 1994 kam die erste Playstation mit acht Spielen in Japan in den Handel. Sie kostete 39.800 Yen, umgerechnet etwa 450 Deutsche Mark (230 Euro). Schon am ersten Tag gingen rund 100.000 Sony-Konsolen über den Ladentisch, nach einem halben Jahr waren zwei Millionen Geräte verkauft. Am 9. September 1995 begann der Verkauf in den USA, am 29. September folgte Europa. In Deutschland kostete die Konsole knapp 600 DM (306 Euro). Zwei Jahre später war Sony der Marktführer.

Die Gründe für den Erfolg: Das eingebaute CD-ROM-Laufwerk bot üppi-

gen Speicherplatz, sodass die Games immer komplexer werden konnten. Nach heutigen Standards waren die Bilder zwar verschwommen und klötzchenhaft, für damalige Verhältnisse setzte die Grafik jedoch neue Maßstäbe. Außerdem erwiesen sich bestimmte Software-Titel als äußerst populär. Zu den erfolgreichsten Titeln der ersten Playstation gehören unter anderem die heutigen Klassiker „Ridge Racer“ aus dem Jahr 1994, „Tomb Raider“ und „Crash Bandicoot“ von 1996 sowie „Gran Turismo“ von 1997.

Seit dem Marktstart vor 30 Jahren konnte Sony über 102 Millionen Geräte der ersten Playstation-Generation absetzen. Sony gelang es dabei auch, Preissenkungen geschickt einzusetzen, um Konkurrenten zur rechten Zeit zu unterbieten. 2001 zog sich Sega von den Konsolen zurück. Nintendo blieb und konkurriert momentan mit seiner Konsole Switch gegen Sonys Playstation 5.